

Buchbinder-Zeitung

Ersteilung Sonntags.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal erst Beleggeld. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 69, Urbanstr. 63/1.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Anfertigung
pro Biergelapaltene Beilage 60 Pf.;
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;
Stellenangebote 40 Pf.; Verantwor-
tungsinhaber ic. 20 Pf. Beilagen-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 32.

Berlin, den 8. August 1915.

31. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die roten Berichtskarten sind von verschiedenen Orten noch nicht eingelangt. Alle Gau- und Ortsverwaltungen, die damit im Rückstand sind, erinnern wir an ihre Pflicht und ersuchen sie um sofortige Zusendung der Karten. Spätestens am 9. August müssen alle Berichtskarten in unseren Händen sein, weil sie sonst für die Zusammenstellung nicht mehr verwandt werden können.

Der Verbandsvorstand.

Staatssozialismus.

Von Franz Lauffötter.

1.

Wie der Augenchein lehrt, hat der Staatsgedanke in den letzten Jahrzehnten eine ungeahnte Stärkung erfahren. Während die maßgebenden Kreise zu Beginn der modernen kapitalistischen Wirtschaftsweise die Tätigkeit des Staates nach Möglichkeit einzuschränken suchten, um der freien Tätigkeit des Einzelnen möglichst viel Raum zu schaffen, brach sich allmählich die Heberzeugung Bahn, daß der moderne Staat auch im Gebiete des Wirtschaftslebens wichtige Aufgaben zu erfüllen habe. Die Sozialdemokraten vertraten von Anfang an den Standpunkt, daß die Staatsgewalt sich nicht darauf beschränken dürfe, durch Abwehrmaßnahmen die Gesellschaft gegen schädliche Einflüsse und Angriffe zu schützen, sondern daß sie auch die Pflicht habe, mit starker Hand aktiv in das Wirtschaftsleben einzugreifen und sogar eine planmäßige Regelung der Gütererzeugung und Güterverteilung vorzunehmen. Das Spottwort Lassalles an den liberalen „Nachwächterstaat“ gibt dieser Aufforderung treffenden Ausdruck. Durch die Betrachtung der offen zutage liegenden Schäden der kapitalistischen Wirtschaftsweise gelangten auch manche Sozialpolitiker konservativer Färbung im Laufe der Zeit zu der Erkenntnis, daß ein Eingreifen des Staates ins wirtschaftliche Getriebe auf die Dauer nicht mehr zu umgehen sei, wenn nicht alles drüber und drunter gehen sollte. So gewann der Staatssozialismus in diesen Kreisen langsam an Boden, während die liberal-kapitalistischen Sozialpolitiker noch immer unentwegt an dem Grundsatz der schrankenlosen freien Konkurrenz und des Nichteingreifens der Staatsgewalt festhielten.

Das ist nun allgemach anders geworden, denn es hat sich ein radikaler Umschwung vollzogen in der Auffassung des Staates als eines wirtschaftlichen Faktors. Bekanntlich hat die Staatsgewalt sich eines Gebietes nach dem anderen bemächtigt: sie hat in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingegriffen, sie hat Vorschriften erlassen über die Arbeitszeit und die Arbeitsbedingungen, sie hat sich auch auf dem Gebiete des Güteraustausches und des Verkehrswezens gesetzgebend betätigt. Der Einfluß des Staates auf unser wirtschaftliches Leben ist fortwährend gewachsen, der Widerstand der liberalen Freiheitskämpfer ist immer schwächer geworden und das Kapital, das einstmal auf seine unbeschränkte Ausbeutungsfreiheit pochte, macht nunmehr gute Miene zum bösen Spiele und weicht vor der Staatsgewalt nutzlos zurück. Seine Vertreter entrüsten sich noch hier und

da darüber, daß sich die Behörden um viele Dinge kümmern, die sie eigentlich nichts angehen, aber im allgemeinen tragen sie, wenn auch widerwillig, der staatssozialistischen Strömung Rechnung.

Seit dem Ausbruch des gegenwärtigen Weltkrieges hat der Gedanke des Staatssozialismus einen glänzenden Aufschwung genommen, man kann wohl sagen, er hat auf der ganzen Linie gefiegt. Der private Kapitalismus versagte in mancher Beziehung unser Wirtschaftsleben geriet ins Stocken und es tauchte die Verächtlichkeit auf, daß es völlig zusammenbrechen könne. Besonders im Gebiete des Güteraustausches zeigten sich äußerst häßliche Erscheinungen, die dem Gemeinwohl schweren Schaden zufügten und die Versorgung unseres Volkes mit Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen in Frage stellten. Da erhob sich immer lauter und dringender der Ruf nach einem Eingreifen des Staates, um die Gefahren abzuwenden, die unserer Volkswirtschaft durch die Planlosigkeit und Erwerbslosigkeit des Kapitalismus drohten. Der Sozialismus erschien als Retter auf dem Platze und selbst die Vorkämpfer der kapitalistischen Bewegungsfreiheit schrien nach sozialistischen Maßregeln. Der Staat gab dem Drängen nach als es klar wurde, daß der Krieg länger dauern werde als man anfangs annahm, und nach und nach legte er seine Hand auf die verschiedensten Gebiete unseres Wirtschaftsgebietes. Die verschiedenen Maßnahmen sind bekannt und sollen hier nicht im einzelnen aufgezählt werden, aber es ergibt sich daraus, daß der Staat überall regelnd eingegriffen hat und daß er selbst vor starken Eingriffen in das Eigentumsrecht des einzelnen sowie in die freie Bedarfsbestimmung nicht zurückgeschreckt ist. Die Menschen haben sich hiermit abgefunden, und wenn auch die direkt Betroffenen manchmal Klage erheben, so erklärt sich die Allgemeinheit doch mit den Maßregeln der Regierung einverstanden, ja sie fordert sogar noch ein viel schärferes Zutreten der Staatsgewalt. Überall soll der Staat ordnen und fügen, weil anscheinend die private Tätigkeit der Bürger nicht ausreicht. Das Vertrauen in die Macht und die Einsicht der staatlichen Organisation ist in den letzten Monaten ganz zu Lebends gewachsen und es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß der Staat in den weitesten Kreisen der Bevölkerung freudige Zustimmung fände, wenn er noch entschiedener fortzuschreiten würde auf dem Wege von der kapitalistischen Erwerbswirtschaft zur sozialistischen Bedarfsdeckungswirtschaft. Der frühere Individualismus ist eben auch im Gebiete des Wirtschaftslebens durch das Gefühl der Zusammengehörigkeit und des Solidarismus zurückgedrängt worden, der Grundsatz der Planlosigkeit und Organisationslosigkeit, der einstmal der kapitalistischen Wirtschaftsweise den Stempel aufdrückte, hat elend Schiffbruch gelitten, und überall macht sich der Drang nach einer planmäßigen Regelung unseres wirtschaftlichen Betriebes bemerkbar.

Allerdings sollte diese Regelung nur für die Dauer des Krieges gelten, gewissermaßen als eine Bestätigung des alten Sprichwortes, daß der Teufel in der Not fliegen fröhlich, aber schon erbeben sich überall Stimmen, die da fordern, daß die staatssozialistischen Maßregeln mit dem Kriege nicht verschwinden dürfen. Die Leistungen, die der staatliche Organismus seit Monaten auf dem Gebiete unseres Wirtschaftslebens im allgemeinen und unserer Volksernährung im besonderen aufzuweisen

hat, erregen trotz allen ihnen noch anhaftenden Mängeln in der Bevölkerung ein Gefühl der Sicherheit und Befriedigung und machen den Wunsch rege, auch nach dem Kriege dem Staate und seinen Erträgen allerlei wirtschaftliche Funktionen zuzuwenden. Man fragt sich nicht mit Unrecht, weshalb wir in den kommenden Friedenszeiten auf Einrichtungen verzichten sollen, die sich in den schweren Kriegsjahren gut bewährt haben. Die großen Schäden, die die kapitalistische Produktions- und Verteilungsweise unserem Volkstörper seit Jahrzehnten zugefügt hat und noch täglich zufügt, liegen so klar zutage, daß sie auch dem blödesten Auge offenbar werden. Auch die Gefahren, die der Volksgemeinschaft drohen, wenn das Geldinteresse des einzelnen Kapitalisten oder der einzelnen Kapitalistengruppe über das Allgemeininteresse gestellt wird, lassen sich nicht mehr verbergen. Die Sozialdemokratie hat schon seit langem auf diese Schäden und Gefahren hingewiesen, aber sie fand wenig Gehör und noch weniger Entgegenkommen in den maßgebenden Kreisen. Nun hat der Krieg vielen Menschen die Augen geöffnet und mit zahlreichen Vorurteilen ausgeräumt, er hat die weitverbreitete Meinung zerstört, daß jeder wirtschaftliche Zwang schädlich und daß es das ureigenste Recht des Menschen sei, seine Ellenbogen zu gebrauchen und seine Mitbewerber rücksichtslos beiseite zu schieben. Vor allen Dingen aber hat die Kriegszeit eine bisher in dem Maße ungekannte Stimmung in uns ausgelöst, die der Verwirklichung staatssozialistischer Gedanken günstig ist. Wenn jeder einzelne Mensch an seiner Stelle die Pflicht hat, dem Vaterlande Opfer zu bringen und seine Kraft dem Staate, als Verkörperung der Gesamtheit, zur Verfügung zu stellen, so muß natürlich die Auffassung an Boden gewinnen, daß hinwiederum der Staat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, die private Selbstsucht einzudämmen und das Gemeinwohl tatkräftig zu fördern.

Die Unbeholfenheit der Frauen.

In den letzten Jahren ist viel über Kindererziehung geschrieben worden. Man hat erkannt, daß die früher übliche Methode, den Kindern gegenüber in erster Linie Strenge walten zu lassen, nicht geeignet war, Geist, Charaktereigenschaften und Talente der Kinder sich richtig entfalten zu lassen. Vor allen Dingen hielt die Erziehungsmethode, die für Mädchen üblich war, den Kritikern und Verteidigern der Kindesrechte gegenüber nicht stand. Es war auch höchste Zeit, daß besonders die Erziehung und Behandlung der Mädchen mehr beachtet wurde und ihre Resultate mit den Anforderungen verglichen wurden, die an das heranwachsende weibliche Geschlecht gestellt werden. Es zeigte sich, daß die übliche Erziehung für jene Zeit wohl einigermaßen gepaßt hat, in der die Hausväter freis den Schutz des Hauses genießen konnten und für Familien, die den Töchtern und Frauen diesen Schutz angeheben lassen konnten, nicht aber für Zeiten und Fälle geeignet ist, in denen das Mädchen oder die Frau einmal auf eigenen Füßen stehen muß.

Diese Einsicht führte zunächst in bürgerlichen Kreisen zu dem Kampf um andere Erziehung und Ausbildung der Mädchen besserer Stände. Diese Bemühungen haben die bürgerliche Frauenbewegung groß und einflußreich gemacht. Daß gerade die Erziehungsfrage eine solche Rolle gespielt hat, lag daran, daß besonders in bürgerlichen Kreisen die

Fehler und die Unterlassungsfinden in der Mädchen-
erziehung fühlbar waren.

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts mehren
sich auch in diesen Kreisen die Fälle, in denen
die erwachsenen Töchter sich auf eigene Füße stellen
oder zur Erhöhung des Familieneinkommens durch
Erwerbsarbeit beitragen müssen. Die paar Erwerbs-
gelegheiten, die für solche Fälle als standesgemäß
galt, als Erzieherinnen, Künstlerinnen, Schrift-
stellerinnen, waren stark überlaufen und außerdem
nicht für alle zu benutzen, weil vielfach größere
Mittel zur Ausbildung und vor allen Dingen Talent
dazu gehörte, um im Berufe wirklich etwas leisten
und ein Auskommen finden zu können. Für andere
Berufe war die bisherige Ausbildung und Erziehung
nicht ausreichend. Deshalb ging die bürgerliche
Frauenbewegung in erster Linie daran, eine Reform
der höheren Mädchenschulausbildung zu fordern.
Ihre Erfolge auf diesem Gebiete sind unbestritten
und müssen auch von denen anerkannt werden, die
der bürgerlichen Frauenbewegung fernstehen.

In der Arbeiterschaft hat das bittere Maß sehr
oft den Lehrmeister gespielt. Und da man hier
Standesrücksichten wie in anderen Kreisen nicht
kennt, so hat die mangelhafte Mädchenschulbildung
und sehr oft falsche Erziehung nicht in gleicher Weise
die Möglichkeit des Fortkommens durch Erwerbs-
arbeit, und zwar in außerhäuslichen Berufen er-
schwert, wie dies in bürgerlichen Kreisen der Fall
war. Der Arbeiterschaft kamen außerdem starke
Kräfte zu Hilfe, nämlich die Maschine und die mecha-
nischen Triebkräfte, die es gestatteten, daß die Ar-
beitskräfte zu ihrer Bedienung ebenfalls eine mehr
mechanische Tätigkeit ausüben können. Dennoch
machen sich auch in der Arbeiterschaft die Folgen der
auf Heberlieferung und Gewohnheit beruhenden
Mädchenausbildung bemerkbar, die gerade in der
Kriegszeit so deutlich zum Ausdruck gekommen sind.

Bei der Erziehung durch Schule und Haus wird
zu wenig Wert darauf gelegt, die Mädchen zu selb-
ständigen Menschen zu machen, die auch in schwer-
wiegenden Dingen einmal selbst eine Entscheidung
zu treffen wissen. Dem Jungen wird mehr Bewe-
gungsfreiheit gestattet, schon im Spiel. Er darf auch,
sobald er einigermaßen erwachsen ist, ohne Aufsicht
mit Freunden Spaziergänge und weitere Ausflüge
unternehmen, während den Mädchen dies meist nicht
erlaubt ist. Sie bleiben mehr der elterlichen Aufsicht
unterstellt. In der Regel solange, bis sie die Be-
kantschaft mit jungen Männern machen und sich
nun wieder unter eine gewisse, wenn auch freiwillig
gewählte Aufsicht begeben, was ihnen freilich nicht
zum Bewußtsein kommt. Wir wissen, daß aus diesen
Gründen die Mädchen sich nicht daran gewöhnen,
allein zu handeln und selbständig etwas zu unter-
nehmen. Wir wissen auch, daß darunter der Ver-
sammlungsbefuch durch Arbeiterinnen und damit die
Werbetätigkeit zur Gewinnung der Arbeiterinnen
zur Organisation schwer leidet. Die Mädchen sind
es in der Regel von Hause aus gewöhnt, daß alle
Dinge, die für die Familie von Bedeutung sind, von
den männlichen Familienmitgliedern erledigt wer-
den, vom Briefschreiben bis zum Verkehr mit dem
Hauswirt und den Behörden. Zum Teil ist dies ja
bedingt durch die rechtliche Stellung, die die Frau
noch immer in der Gesellschaft einnimmt, die ihr
nicht die gleichen Rechte gibt, die der Mann besitzt.
Vielfach aber ist es Gewohnheit und man nimmt die
Dinge eben hin, ohne weiter darüber nachzudenken.

Die meisten Frauen sind deshalb unerfahren
und unbeholfen, sobald sie selbständig schriftliche Ar-
beiten erledigen und in Verkehr mit amtlichen Or-
ganen, Krankenkassen usw. treten müssen. Das
zeigt sich stets, wenn in der Familie etwas passiert,
vielleicht der Mann stirbt oder schwer erkrankt. Da
solche Einzelfälle aber niemals weiteren Kreisen zur
Kenntnis kommen, so erfahren diese auch nichts von
den Schwierigkeiten, die dann häufig den Frauen
entstehen.

Als der Krieg ausbrach, waren nun mit einem
Schlage Hunderttausende von Frauen vor die Not-
wendigkeit gestellt, selbständig in schwerwiegenden
Situations Entscheidungen treffen, sich in den Ver-
ordnungen und Vorschriften der Militär- und Zivil-
behörden zurechtfinden zu müssen. Nezt zeigte sich
für weite Kreise, wie unflug diejenigen handeln, die
in der Frau oder dem Mädchen ganz allgemein
immer das unmündige Kind sehen, das von ersten
Dingen nichts versteht und mit dem deshalb Außer-
gewöhnliches nicht besprochen zu werden braucht.
Nest in u h t e n die Frauen alle diese Dinge ohne
männliche Hilfe erledigen. Die Unerfahrenheit hat
sicher dazu geführt, daß manches veräumt und nicht
richtig gemacht worden ist, z. B. in Mietfragen, der
Aufrechnung der Invalidenquittungsarten des ein-
gezogenen Mannes, bis zur Adressierung der Feld-
postsendungen. In voriger Woche brachten Zeitun-
gen die Mitteilung, daß täglich 35 000 Feldpost-
sendungen wegen unrichtiger Adressierung als un-
bestellbar zurückgehen müssen. Wie viele mögen

davon von Frauen abgehandelt sein, die sich in den
Vorchriften über die Adressierung nicht zurecht zu
finden wußten.

Die Unbeholfenheit der Frauen hat auch den
Kriegshilfskommissionen viele Arbeit gemacht. Und
man kann den Frauen nicht einmal Schuld geben.
Schuld sind die Methoden der Mädchenerziehung, zu
Hause und in der Schule, und die rechtliche Stellung
der Frauen in der Gesellschaft, die ihnen immer
wieder zeigt, daß sie eigentlich als mündige Wesen
gar nicht in Frage kommen.

Ueber diese Dinge wird nach dem Kriege noch
manch ernstes Wort geredet werden müssen. Wenn
auch Situationen, wie sie der Krieg geschaffen hat,
vorausichtlich sich nicht sobald und hoffentlich über-
haupt nicht mehr wiederholen werden, so ist es doch
mit Rücksicht auf die Stellung, die die Frau heute
im Wirtschaftsleben einnimmt, an der Zeit, durch
geeignete Erziehungsmethoden sie darauf vorzubere-
iten und sie zu befähigen, ihren Platz ganz aus-
füllen zu können. Dazu ist nicht nur nötig, daß die
Schule sich in Form und Stoff des Unterrichts mehr
dem praktischen Leben anpaßt, auch das Haus muß
dazu beitragen und dafür sorgen, daß die Mädchen
mehr als bisher sich zu Menschen entwickeln, die ge-
wohnt und imstande sind, selbständig zu denken und
zu handeln.

Die Erfahrungen der Kriegszeit werden für
diese Reform der Mädchenerziehung wertvolles Ma-
terial liefern.

Aus unserem Beruf.

Nikolaus Schleich †.

Wieder einer der ältesten und treuesten Kol-
legen ist nicht mehr. Am 27. Juli hat der Kollege
Nikolaus Schleich die Augen für immer geschlossen.
Schon in die Organisation eingetreten, als diese
noch in den Kinderjahren steckte, hat er die ganze
Aufwärtsbewegung unseres Verbandes als eifriges
und tätiges Mitglied miterlebt. Ohne zu über-
treiben, kann man sagen, die Entwicklung der
Zahlsstelle Stuttgart kann man nicht vor seinem
Auge vorbeiziehen lassen, ohne immer wieder den
„alten Schleich“ zu sehen. Jahrelang war er Mit-
glied des Verbandsvorstandes bis zur Überlegung
nach Berlin. Jahrelang konnte er diesen Verband
nicht vermissen, so verwaschen war er gewesen mit
der obersten Instanz unseres Verbandes. Aber
trotzdem hat er seiner Mann gestellt bis in seine
letzten Tage. Vor langen Jahren wurde er bei der
Firma Grönlein nach 20jähriger Tätigkeit bei dieser
Firma wegen seines Eintretens für seine Kollegen
gemahngelt. Nachdem er 1 1/2 Jahre an allen Türen
vergeblich angelockt, trat er in ein kleines Geschäft
ein, um der Inhaberin das Geschäft zu führen.
Nach deren Tode war er genötigt, einen Zwangs-
betrieb zu eröffnen und auf eigene Rechnung zu
arbeiten. Das alles vermochte ihn nicht nieder-
zubringen. Sein guter Humor half ihm über alles
hinweg.

Bis einige Tage vor seinem Tode noch hat er,
der Siebzehnjährige, für einige alleinstehende Kol-
legen als Hauswart die Beiträge einstufiert.
Seine unermüdete Tätigkeit können und werden
wir ihm am besten dadurch danken, daß wir rastlos
in seinem Sinne weiter arbeiten.

Teuerungszulagen.

Endlich, fast drei Monate nach Empfang des-
selben, veröffentlicht der Vorstand des Bundes Deut-
scher Buchbinder-Verbindungen in der „Zeitschrift für
Deutschlands Buchbinder“ vom 29. Juli unser Gesuch
um Teuerungszulage, und auch jetzt gibt er ihm nur
folgendes mit auf den Weg:

„Der Bundesvorstand stellt es den Mitglie-
dern des Bundes anheim, soweit es in ihren
Kräften steht, den Wünschen der Gesellen stattzu-
geben.“

Wir bedauern natürlich sehr, daß der Bundes-
vorstand angeht, daß sich immer mehr steigenden
Lebensmittelerhöhung sich nicht wenigstens dazu ent-
schlossen hat, seinen Mitgliedern, „soweit es in seinen
Kräften steht“, die Gewährung von Teuerungszu-
lagen zu empfehlen. Um so mehr ist es nun Sache
der Kollegenschaft, sich selbst zu rühren und dem Ge-
such, dessen Wortlaut wir schon in Nr. 19 der „Buch-
binder-Zeitung“ bekanntgegeben haben, größeren
Nachdruck zu verleihen. Alle Ortsvereinigungen und
auch die in den Innungsbetrieben arbeitenden Kol-
legen und Kolleginnen sollten die Veröffentlichung
des Bundesvorstandes zum Anlaß nehmen, erneut
bei den Arbeitgeberinnen wegen Teuerungszulagen vor-
stellig zu werden. Die Reduzierung solcher Ver-
langens wird niemandem schwer fallen, der jetzt mit
seinem Lohn haushalten muß. Wir bitten um Nach-
sicht, wann und wo Teuerungszulagen bewilligt
wurden.

Preisausschlag.

Der Verband deutscher Steindruckereibesitzer, zu
deren Betrieben vielfach auch Buchbinderarbeiten
innen beschäftigt sind, teilte in der „Kationagen-
Zeitung“ mit, daß er infolge der durch den Krieg be-
dingten Steigerung der Preise für Rohmaterial und
der Perforationslosten genötigt sei, eine allgemeine
Erhöhung der Preise für Steindruckereierzeugnisse
eintreten zu lassen.

Ferner kündigte die Geschäftsbücherfabrik
A. C. König u. Erhardt in Hannover nach dem
„Journal für Buchbinderei“ durch Mundschreiben an,
daß sie die vordem bereits um 5 Proz. erhöhten
Preise für ihre gesamten Fabrikate vom 1. Juli ab
um weitere 5 Proz. erhöht.

Gegen solche Preiserhöhungen ist angesichts der
gegenwärtigen Lage gewiß nichts einzuwenden, wir
machen die beteiligten Firmen aber darauf aufmerk-
sam, daß ihre Arbeiter und Arbeiterinnen danach
um so mehr auf die Gewährung der für sie eben-
dingend notwendigen Teuerungszulagen rechnen.

Ein hartnäckiger Tarifhänder.

In einem Bericht über die Johann-Cuarfals-
versammlung der Berliner Buchbinder-Innung, der
in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder“ ver-
öffentlicht wird, ist folgendes zu lesen:

„Unter 7 beschäftigt sich die Versammlung mit
dem Innungsschiedsgericht und gibt ihrem Unwillen
dabei lebhaft Ausdruck, daß Kollege A. Ludwig
wegen ganz geringer Kleinigkeiten dasselbe in An-
spruch nimmt. Da im vergangenen Jahre die
gegen die Firma anhängig gemachten acht Ter-
mine der Innungsstufe 96 Mk. Kosten verursach-
ten, der Jahresbeitrag dagegen 6 Mk. beträgt, so
äußerten alle Redner ihren Unwillen gegen solche
Rücksichtslosigkeit gegen die Masse, die jetzt Wich-
tigeres zu leisten hat. Es ist nicht gut möglich, daß
alle Kollegen sich wegen jeder manchmal ganz un-
gerechtfertigten Kleinigkeit verklagen lassen. Ein
Antrag Schneider, an jedem Quartalsstage die
Schiedsgerichtstermine mit Namensnennung be-
kanntzugeben, wird angenommen.“

Wir wissen die Schmeizgen der Berliner Buch-
binder-Innung über die üble Gewohnheit des Herrn
Ludwig, sich hartnäckig gegen die gesetzlichen und
tariflichen Bestimmungen zu verjähnen und trotz
offenichtlichen Unrechts erst dann zu zahlen, wenn er
durch Schiedsgerichtsurteil dazu gezwungen wird,
vollaus zu würdigen, denn außer vor dem Innungs-
schiedsgericht hat Herr Ludwig auch recht oft vor dem
Tarifschiedsgericht zu erscheinen, das vom Verbands-
Berliner Buchbinderbesitzer und unserem Verbands-
gebildet ist. Auch die dort tätigen Beisitzer, oder
wenigstens die Arbeitnehmerbesitzer, haben schon oft
die Zeit bedauert, die sie auf Erledigung der Klagen
gegen Ludwig verwenden mußten, weil die Verhöre
gegen den Tarif so offensichtlich waren, daß die Ent-
scheidung gar nicht zweifelhaft sein konnte.

So hat Herr Ludwig es auch nicht verschmäht,
die durch den Krieg entstandene Knappheit an Ge-
hilfen dazu auszunutzen, daß er die im Tarif als
Männerarbeit bezeichnete Arbeit ohne weiteres von
Mädchen machen ließ, diesen aber nicht etwa den
Stundenlohn der Gehilfen zahlte, sondern 17, 19 und
24 Pf. Eine Beschwerde beim Prinzipalsverband
führte zunächst zu einem Verhandlungsversuch vor
dem Vorsitzenden des Prinzipalsverbandes, der jedoch
ergebnislos verlief; als die Angelegenheit dann aber
in einer gemeinsamen Sitzung der beiderseitigen
Vorstände zur Verhandlung kommen sollte, wurde
vor Eintritt in dieselbe prinzipalseitig schon die Er-
klärung abgegeben, daß man Herrn Ludwig bereits
klargemacht habe, daß er auch in solchem Falle den
tariflichen Bestimmungen Rechnung zu tragen habe.
Zurzeit ist nun Ruhe, weil die in Frage kommende
Arbeit fertig ist; daß es aber bei Wiederkehr der-
selben ohne neue Differenzen abgeht, wagen wir gar
nicht zu hoffen.

Und dabei ist Herr Ludwig selbst Prinzipals-
besitzer im Berliner Tarifschiedsgericht, was ihn
eigentlich verpflichten müßte, Hüter des Tarifs zu
sein.

Internationales.

Ein Brief aus Lemberg.

Dem Vorstände unseres österreichischen
Bruderverbandes ist aus dem von der Russen-
herrschaft wieder befreiten Lemberg ein Schreiben
zugegangen, aus dem die „Einigkeit“ folgendes
veröffentlicht:

„Werte Kollegen! Der Vorstand der Lemberger
Ortsgruppe fühlt sich glücklich, nach zehnmonat-
licher Unterbrechung wieder frei an den Zentral-
ausschuß schreiben zu können. Wir begrüßen Euch
aus diesem Anlasse auf das beste und teilen Euch
zugleich mit, daß seit dem 3. September 1914, dem
Tage, an dem das Russenheer Lemberg besetzte,
alle gewerkschaftlichen Organisationen aufgelöst
wurden. Die Fortsetzung der Vereinstätigkeit

wurde mit einer Geldstrafe von 3000 Rubel und drei Monaten Arrest bedroht. Unter diesen Umständen ist natürlich auch unsere Organisation eingeschlagen. Doch haben wir alles gut versteckt gehabt, um es vor der Ochrana zu sichern. Die meisten Betriebe unserer Branche sind wegen Mangel an Arbeit schon seit Kriegsbeginn gesperrt. In einigen wenigen wird an 2 bis 3 Tagen in der Woche gearbeitet. Mehreren unserer Mitglieder ist es gelungen, in anderen Berufen Arbeit zu finden; viele von ihnen haben für die Russen Schanz- und Befestigungsarbeiten verrichten müssen.

Wir freuen uns mit dem Vorstande des österreichischen Verbandes darüber, daß die Lemberger Kollegen, die immer ein kräftiges Glied ihres Verbandes darstellten, nach langer Bedrückung durch die Russen nunmehr wieder frei atmen und an den Wiederaufbau ihrer leider zerstörten Organisation herangehen können, der ihnen unter freudiger Mitarbeit ihrer Zentralleitung hoffentlich bald gelingt.

Trotz seiner Knappheit und seiner schlichten Darlegung der Verhältnisse zeigt das Schreiben der Lemberger Kollegen klipp und klar, wie sehr sie und ihre Organisation unter der Russenherrschaft zu leiden hatten. Freuen wir uns also auch darüber, daß alle Zahlstellen unseres Verbandes, bis auf Tilsit und Mühlhausen i. Els., die beide kurze Zeit die direkten Schrecknisse des Krieges und auch die Fremdherrschaft über sich ergehen lassen mußten, von diesem Schicksal bisher verschont blieben.

Rundschau.

A. C. Wochenschau. Die 52. Kriegswoche steht unter dem Eindruck des Sieges der deutschen Truppen über die russische 5. Armee bei Schaulen ein und ließ auf dem östlichen Kriegsschauplatz eine rasch fortschreitende Einklammerung der Russen erkennen, deren Folgen heute noch nicht abzusehen sind. Zum Teil erwartet man eine große Entscheidungsschlacht, wie sie der gegenwärtige Krieg bis jetzt nicht gesehen hat, zum Teil rechnet man aber auch noch mit einer Entzweiung der Russen aus der Einklammerung. Es wäre daher noch verfrüht, aus den Vorgängen im Osten schon Konsequenzen zu ziehen; überlassen wir das den Gegnern Deutschlands, die mit äußerster Spannung den Ereignissen im Osten folgen, da von ihrem Ausgang die Operationen im Westen ganz wesentlich beeinflusst werden müssen. Starke Verluste haben die Italiener in der zweiten Schlacht im Górgischen erlitten. Unerschüttert und unerschütterlich stehen die österreichisch-ungarischen Truppen noch immer dort, wo sie vor zwei Monaten den Feind erwarteten. Dies gilt nicht nur von den in zwei Schlachten heiß umkämpften Stellungen im Górgischen, sondern von der ganzen, zur Verteidigung im Südwesten von Oesterreich gewählten Kampffront. So schließt das erste Kriegsjahr mit guten militärischen Erfolgen für die Zentralmächte ab, während im Vierverband einschließlich seinen Anhängeln doch wohl endlich die Erkenntnis dämmern muß, daß das Niederwerfen Deutschlands denn doch keine so einfache Sache ist, wie man es sich in den ersten Monaten des Krieges vorgestellt hatte. Allerdings auch Deutschland und Oesterreich-Ungarn hatten es nicht leicht, und der anfänglich fast etwas leichtsinnig angehauchte Optimismus ist im Laufe des ersten Kriegsjahres glücklicherweise veranocht: wir haben harte Arbeit gehabt und werden nach wie vor alle Kräfte zusammenhalten müssen, um das Ringen zum glücklichen Ende zu führen. Wir haben vor allem auch in wirtschaftlicher Beziehung manche schlimme Erfahrungen machen müssen: nicht nur ist die finanzielle Belastung groß und wird immer schwerer empfunden, auch die bösen Erscheinungen des Lebensmittelmangels haben sich bei uns fröhlich entwickelt. Alle noch so gut gemeinten, meist das Wesen des Tauschverkehrs verkennenden, fast mechanischen Eingriffe in das Wirtschaftsleben haben nicht verhindert, daß die Preise bis auf die jetzige Höhe gestiegen sind. Wieviel einfacher und wahrscheinlicher wirkungsvoller wäre es gewesen, wenn die großen Gemeinden unter staatlicher Mitwirkung den Lebensmittelverkauf in der Weise organisiert hätten, daß sie gegen Preisstreben zu jeder Zeit geeignete Konkurrenz gemacht hätten. Das hätte wohl eine finanzielle Belastung der Gemeinden bedeutet, die indirekt auf die Privatwirtschaften wieder hätte abgewälzt werden müssen, aber der Grad der Belastung wäre ungleichmäßig niedriger gewesen, als es so der Fall gewesen ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man im zweiten Kriegsjahre schließlich doch noch zu dem hier

empfohlenen Taktik greifen muß. Freilich wird dann die finanzielle Belastung eine größere und die Wirkung nicht entfernt so tiefgehend sein, wie es der Fall gewesen wäre, wenn man sich gleich von vornherein zu dem hier empfohlenen Vorgehen entschlossen hätte.

Der Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands im Jahre 1914.

Aus dem vom Vorstand des Verbandes herausgegebenen Rechenschaftsbericht ergibt sich, daß das Jahr 1914 für den Verband der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen ein überaus ereignisvolles und arbeitsreiches war, obgleich es dem Verbandslohnkämpfe nur in kleinem Umfange brachte. Während die Tätigkeit dieses Verbandes ebenso wie die aller anderen in der zweiten Hälfte des Jahres durch den Krieg distriert wurde, war die Arbeit im ersten Halbjahre der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig und dem für den Monat Juli angeordneten Verbandstag gewidmet.

Auf der Leipziger Ausstellung wurde die Art, die Entwicklung und die Tätigkeit des Verbandes bildlich dargestellt, wofür der Verband vom Preisgericht der „Silberne Preis“ zuerkannt wurde.

Der Verbandstag, der infolge der Ausstellung ebenfalls in Leipzig tagte, hatte sich insbesondere mit der grundsätzlichen Stellungnahme zur Tariffrage zu befassen. Das Ergebnis der Beratung war eine von den Delegierten einstimmig abgegebene Erklärung, die dahin geht, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge als die beste und erprobteste anerkannt und der Vorstand beauftragt wird, weiter in diesem Sinne zu wirken. Außerdem wurde aber auch noch eine Neu-Regelung der Beitragsleistung und des Unterstützungswezens beschlossen, die dazu beitragen sollte, die nicht besonders günstige finanzielle Lage des Verbandes zu heben.

Gleich nach dem Verbandstag und noch bevor dessen Beschlüsse in die Wirklichkeit umgesetzt werden konnten, brach der Krieg aus. Die sofort einsetzende große Arbeitslosigkeit stellte den Verband vor zunächst fast unüberwindlich erscheinende Schwierigkeiten. Während im zweiten Quartal 1914 nur 1332 Arbeitslose, darunter 654 weibliche, zu verzeichnen waren, stieg diese Zahl im dritten Quartal auf 4557, darunter 3368 weibliche, und im vierten Quartal waren 3256 Arbeitslose vorhanden, unter denen sich 2313 weibliche befanden. Um allen Arbeitslosen Hilfe bieten zu können, mußten die im Statut enthaltenen Bestimmungen über das Unterstützungswezen aufgehoben werden. Die Arbeitslosenunterstützung konnte nur in halber Höhe und zunächst auf die Dauer von 10 Wochen gewährt werden. Da aber die in Arbeit stehenden Mitglieder sich zur Zahlung besonderer Kriegsbeiträge bereitfinden ließen, konnte die Unterstützungsdauer um weitere 10 Wochen verlängert werden, so daß die volle im Statut vorgesehene Arbeitslosenunterstützung, allerdings auf 20 Wochen verteilt, zur Auszahlung gekommen ist. Im Anschluß daran konnte dann den Ausgesteuerten auch noch eine Extraunterstützung auf die Dauer von 5 Wochen gewährt werden. Die Krankenunterstützung mußte mit Kriegsbeginn aufgehoben werden.

Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung belief sich im Jahre 1914 insgesamt auf 159 820 Mk., wovon über 100 000 Mk. auf die fünf Kriegsmo-nate entfallen. In Krankenunterstützung wurden 30 425 Mark ausgezahlt und an Wöchnerinnenunterstützung 2790 Mk. an Streit- und Genesungshelferunterstützung 2511 Mk. Im übrigen haben sich die Zahlstellen bemüht, auch die Not der Kriegersfamilien nach bestem Können zu mildern. Die gesamten Einnahmen der Zentralkasse beliefen sich auf 353 749 Mark, denen Ausgaben in Höhe von 382 497 Mk. gegenüberstehen, so daß sich eine Mehrausgabe von 28 748 Mk. ergibt. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresschluß 115 297 Mk.

Die Einziehungen zum Kriegsdienst, insbesondere die große Arbeitslosigkeit und die sich daraus ergebende Abwanderung vieler Mitglieder in andere Berufe hatte einen größeren Mitgliederverlust zur Folge. Zum Kriegsdienst einberufen sind bis zum Schluß des Jahres 1914 1905 Mitglieder. Außerdem sind aber noch ausgeschieden 4526 weibliche und 1787 männliche Mitglieder. Begonnen wurde das Jahr 1914 mit 15 934 und beendet mit 10 275 Mitgliedern.

Trotz des „Burgfriedens“ hat ein Teil der Arbeitgeber ohne besondere Not Arbeits einschränkungen und damit Lohnfällungen vorgenommen. In verschiedenen Orten, in denen tarifliche Vereinbarungen allerdings nicht bestehen, sind Neueinstellungen zu bedeutend niedrigeren Löhnen wie vor dem Kriege erfolgt.

Die Agitation konnte infolge des Krieges nicht in wünschenswerter Weise durchgeführt werden. In bezug auf Kleinarbeit mußte aber mehr wie in nor-

maler Zeit geleistet werden, wobei die Mitarbeit der weiblichen Mitglieder von großem Vorteil war, die in mehreren Zahlstellen sogar die gesamte Arbeit für den Verband übernehmen mußten. Unter Berücksichtigung der großen ihm entgegenstehenden Schwierigkeiten kann man sagen, daß der Verband das erste Halbjahr des Krieges gut überstanden hat, was die sichere Erwartung zuläßt, daß er auch für die weitere Dauer des Krieges allen Anforderungen gerecht zu werden vermag.

Volksernährung und Konsumentenorganisation. Der Geschäftsführer der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Herr Adolf Seifert, ist auf Grund der Verordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erstjahr 1915 als Vertreter der Verbraucher zum Mitgliede des Kuratoriums der Reichsgroßgetreidekasse ernannt worden. Das ist eine beachtliche Anerkennung der Konsumvereine und ihrer Großeinkaufsgesellschaft.

Der Kriegserseverfonds der „Volksfürsorge“ beträgt jetzt nach Zuführung der von der Generalversammlung ihm zugewiesenen 40 000 Mk. Zinsen, auf deren Bezug die Aktionäre verzichtet haben, 51 900 Mk. Dieser Betrag steht den Angehörigen derjenigen im Kriege sterbenden Versicherten zu, die bei Ausbruch der Feindseligkeiten mindestens sechs Monate versichert waren und deren Versicherung bis zum Eintritt des Todes regelrecht fortbestanden hat. Die Prämien für die Versicherten von Kriegsteilnehmern müssen daher ununterbrochen weitergezahlt und eingestellte Versicherungen wieder in den alten Stand gebracht werden, wenn auf einen Anteil aus dem Kriegserseverfonds Anspruch erhoben werden soll.

Bei der Volksfürsorge-Kriegsversicherungs-kasse sind bis zum 7. Juli für 33 269 Kriegsteilnehmer auf 47 500 Anteilsscheine 237 500 Mk. eingezahlt worden. Die jeden Tag erfolgenden neuen Einberufungen und die an Festigkeit noch zunehmenden Kämpfe auf allen Kriegsschauplätzen steigern die Wichtigkeit dieser Versicherungs-kasse für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer immer mehr.

Ein Kartoffelwunderer mit Gefängnis bestraft. Ein Gutsbesitzer in Dittelsdorf bei Zittau i. Sa. hatte sich vor dem Baugener Landgericht füglich wegen Erpressung zu verantworten. Eine Kriegersfrau in Zittau hatte, wie der Preis dafür noch verhältnismäßig niedrig stand, bei dem Gutsbesitzer mehrere Zentner Kartoffeln bestellt und dafür einen Preis von 3,50 Mk. pro Zentner vereinbart. Der Verkäufer wartete mit der Lieferung aber so lange, bis der Höchstpreis um 1,75 Mk. erhöht war. Er teilte der Frau dann mit, daß sie die Kartoffeln nur dann bekommen könne, wenn sie 5,25 Mk. pro Zentner zahle. Die Frau war bereit, die Kartoffeln auch für diesen Preis zu nehmen, da sie infolge der beginnenden Kartoffelnot nirgends billiger zu haben waren. Der Verkäufer ließ aber nochmals einige Wochen vergehen, während denen der Preis weiter stieg und schrieb der Kriegersfrau dann, daß sie die Kartoffeln nur noch für den Preis von 7 Mk. pro Zentner, also für das Doppelte des zuerst vereinbarten Preises bekommen könne. Die „Volkszeitung“ in Zittau nahm sich nun des Falles an und das veranlaßte die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten, was den Erfolg hatte, daß der Gutsbesitzer vom Landgericht wegen verbotener Erpressung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt wurde.

Das dürfte für den Betroffenen und auch für andere eine heilsame Lehre sein. Ähnliche Vorkommnisse, wie das vorstehend geschilderte, sollten aber auch immer ans Licht der Öffentlichkeit gebracht werden, damit ein Einschreiten dagegen möglich ist.

Rehmt Euch der Jugend an. In den Jugend- und Sportvereinen der Arbeiterschaft fehlen jetzt in erschreckendem Maße die älteren Männer, die führend und leitend die Bewegung in den richtigen Bahnen halten. Fast alle tätigen Männer hat der Krieg aus ihrem Wirkungsbereich gerissen und für Ersatz konnte in der letzten Zeit nicht mehr ausreichend gesorgt werden. Besonders schwer sind davon unsere Arbeiter-Turnvereine betroffen worden, ihnen fehlen die Turnwarte und Vorturner. Der erzieherische Einfluß, den sonst die alten Genossen auf die Jugend ausübten, ist nicht mehr vorhanden. Die Folge ist eine teilweise Verwilderung, zumal auch die Zucht des Elternhauses durch den Krieg stark beeinträchtigt worden ist. Die wenigen zurückgebliebenen Genossen in den Vereinen stehen einer so schweren Arbeitslast gegenüber, daß sie sich genötigt sehen, die früher in den Vereinen tätig gewesenen Genossen um Mithilfe zu bitten. Ganz besonders richtig ist diese Bitte an die älteren Genossen, die noch Mitglieder der Vereine sind, seit Kriegsausbruch sich aber ferngehalten haben. Die Erziehung unserer Jugend ist gerade jetzt wichtiger als je, deshalb sollte die Bitte der Genossen nicht ungehört verhallen.

* Eine Art russische Geheimpolizei, die sich zum großen Teile aus Zivilpersonen zusammensetzt und wegen ihrer Spitzel- und Provokateur-tätigkeit sehr berüchtigt und gefürchtet ist.

Berichtigung.

Die Kriegstagung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

In unserem Bericht über die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in voriger Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ hat sich ein Fehler eingeschlichen, den wir hiermit berichtigen:

Auf Seite 123, in der dritten Spalte, muß es im vorletzten Absatz heißen: Verschiedene Anträge, die bezweckten, daß der Vorstand über die durch Extrabeiträge aufbrachten Bestände der Lokalfassen kein Verfügungsrecht haben solle, wurden abgelehnt.

Auszeichnungen.

Kollege Karl Kühn, geb. 17. November 1887 in Hamburg, zuletzt Mitglied in Stuttgart, wurde durch Verleihung der Würtbg. Silberne Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet, weil er einen schwerverwundeten Kameraden aus der Feuerlinie herausholte.

Kollege Paul Döbbling, geb. 15. Dezember 1888 in Stuttgart, zuletzt Mitglied in Stuttgart, erhielt ebenfalls die Würtbg. Silberne Tapferkeitsmedaille, und zwar dafür, daß er stundenlang sein Geschütz allein bediente, nachdem alle Kameraden der Batterie gefallen oder verwundet waren.

Kollege Fritz Kränzel, geb. 28. Mai 1890 in Göttingen, zuletzt Mitglied in Nürnberg-Nürnberg, wurde durch Verleihung des Bayer. Militär-Verdienstkreuzes ausgezeichnet.

Das Eisene Kreuz erhielten die Kollegen Richard Beck, geb. 16. Dezember 1886 in Schleiz.

Anton Gräfele, geb. 28. Juni 1883 in Saarzen.

Bernhard Neuperf, geb. 29. September 1878 in Schleiz.

Otto Sachs, geb. 7. Dezember 1883 in Schleiz, die alle zuletzt der Zahlstelle Schleiz angehörten.

Abrechnungen

Vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 2. August bei der Verbandskasse ein: Von Gau 1 mit 100 Mk., Ludenwalde 577,70 Mk., Bromberg 67,97 Mk., Dessau — Mk., Kiel 350,40 Mk., Mühlungen-Wilhelms- haben 193,86 Mk., Gildesheim 50,— Mk., Gera — Mk., Gotha 130,95 Mk., Schleiz 245,26 Mk., Bonn 155 Mk., Düren 45,— Mk., Duisburg-Ruhrort 105,50 Mk., Sagen 67,73 Mk., Frankfurt-Offenbach 1600 Mk., Gießen-Weimar 58,65 Mk., Burgthät — Mk., Zwickau 100 Mk., Peilbronn 100 Mk., Lahr 200,— Mk., Straßburg 180,— Mk., Regensburg 192,73 Mk. und von Schweinfurt mit — Mk.

Noch nicht abgerechnet haben: Brandenburg, Gau 5, Aischersleben, Magdeburg, Nubla, Saalfeld, Weißenfels, Zerlöhn, Gau 11/13, Darmstadt, Hanau.

Mainz, Oberwiesenthal, Freiburg 1. und 2. Quartal, Karlsruhe 1. und 2. Quartal, Pforzheim, Neutlingen und Würzburg. E. Hauelsen.

Arbeitsmarkt.

Verlangt werden:

(Alle Anfragen wegen offener Stellen sind nur an die Bevollmächtigten der bezeichneten Orte zu richten, soweit nichts anderes besonders angegeben ist.)

Bittau: 1 Buchbinder für Buchdruckerei. Perfekter Etikettenschneider. Lohn 25 Mk. Eintritt sofort.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.

B. = Bevollmächtigter.

K. = Kassierer (in einzelnen Fällen auch

Unterstützungsausgeber).

Braunschweig: B. u. K. R. Wittmann, Bergstraße 71.

Krefeld: B. Fritz Bauer, Ritterstraße 257. K. E. Lehmann, Blumenstr. 50.

Ludenwalde: B. D. Gammemann, Dessauer Straße 241. K. A. Kerschmar, Frankenstr. 16.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt
O. Th. Winckler, Leipzig

Zahlstelle Stuttgart.

Am Dienstag, den 27. Juli verstarb nach kurzer schwerer Krankheit unser Verbandsjubilär

Nikolaus Schleich

im Alter von 70 Jahren. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen treuen, stets opferbereiten Kollegen, der seine ganze Kraft stets in den Dienst der Organisation gestellt hat.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Ortsverwaltung.

Arbeitslosen-Zuschußkasse für Buchbinder und verwandte Berufe zu Berlin.

Der Vorstand beabsichtigt nochmals eine **kleine Liebesgabe** an unsere im Felde stehenden Kollegen zu senden. Da uns leider verschiedene Adressen nicht zur Verfügung stehen oder sich geändert haben dürften, so ersuchen wir alle Kollegen und Kolleginnen, alle etwaigen Adressenänderungen uns bis

spätestens zum 15. August

anzugeben. — Da Kollege Herzog zum Heeresdienst einberufen, so sind alle die Zuschußkasse betreffenden Angelegenheiten und Anträge sowie die Adressenangaben an den Kollegen

Georg Jünemann, Berlin-Lichtenberg, Citelstraße 35 1

zu richten.

Der Vorstand.

Großbuchbinderei Leipzigs

sucht einen **umsichtigen Meister**, der Erfahrung besitzt in **modernen Katalog- u. Broschurarbeiten** sowie in **Heißprägerei**.

Es handelt sich um einen vollständig selbständigen Posten, der gut bezahlt wird, und da auch die praktische Ausbeutung eines Patent-Prägeverfahrens vorgesehen ist, wird eine Interesseneinlage von mindestens 20 000 Mark gegen Sicherstellung und Vergütung verlangt.

Ausführliche Offerten erbeten unter **L. P. 1223** an **Hudolf Hoffe, Leipzig**.

Veransgegeben vom Verband durch Emil Klotz, Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I. — Verantwortlicher Redakteur: F. B. D. Garder, Neutönn. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Ehren-Tafel

für unsere im Kampf fürs Vaterland
gefallenen Kollegen.

Am 21. Juli fiel im Gefecht bei Eratoblie in Rußland unser Kollege

Emil Lejeune

geb. am 18. August 1880 in Stettin, eingetreten in unsern Verband am 7. November 1909 und bis zuletzt Mitglied ebenfalls in Stettin.

Im Besten fiel am 15. Mai durch einen Granatschuß unser Kollege

Friedrich Andree

geb. am 8. Februar 1887 in Magdeburg, eingetreten in unsern Verband am 27. November 1908 in Gera, zuletzt Mitglied ebenfalls in Gera.

Am 18. Mai fiel im Osten unser Kollege

Paul Irmer

geb. am 12. Februar 1887 in Arenzhain, eingetreten in unsern Verband am 4. Januar 1913 in Hamburg, zuletzt Mitglied in Gau 6/7.

Am 26. Juni fiel bei Vorimiki in Galizien unser Kollege

Walter Zöllner

geb. am 17. November 1892 in Reichenbach, eingetreten in unsern Verband am 1. April 1910 in Gau 12, zuletzt Mitglied in Kassel.

Am 25. September 1914 starb in einem französischen Lazarett unser Kollege

Otto Gruner

geb. am 20. Februar 1889 in Halle, eingetreten in unsern Verband am 18. November 1908 und zuletzt Mitglied ebenfalls in Halle.

Am 1. Juni fiel in Rußland unser Kollege

Paul Heinrichs

geb. am 22. Juli 1884 in Mirdorf, eingetreten in unsern Verband am 20. Oktober 1913 in Berlin, zuletzt Mitglied ebenfalls in Berlin.

Am 4. Juli starb im Meierbelazarett in Gotha an den Folgen eines Mädenschusses unser Kollege

Georg Sack

geb. am 28. Februar 1892 in Thamm, eingetreten in den Verband am 15. November 1909 und zuletzt Mitglied in Berlin.

Am 8. Juli fiel in Rußland unser Kollege

Richard Trester

geb. am 29. April 1889 in Berlin, eingetreten in unsern Verband am 17. November 1906 und zuletzt Mitglied ebenfalls in Berlin.

Am 2. Mai fiel bei den Kämpfen in den Karpathen der Kollege

Heinrich Rhein

geb. am 29. Januar 1888 in Ludwigshafen, eingetreten und bis zuletzt Mitglied in Mannheim-Ludwigshafen.

Am 17. Juli starb infolge schwerer Verwundung im Feldlazarett bei Prasnitz in Rußland unser Kollege

Joachim Mayer

geb. am 25. Mai 1885 im Lemken, eingetreten in unsern Verband am 22. Juni 1903 in Berlin, zuletzt Mitglied ebenfalls in Berlin.

Den Opfern der Kämpfe um den Frieden
Deutschlands
ein ehrendes Andenken!